Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2041

Große Anfrage

der Fraktion der CDU/CSU

betr. **Verteidigungspolitik**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine erfolgreiche Entspannungspolitik ein ausgewogenes militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West voraussetzt?

2. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die sicherheitspolitische Lage in Europa, insbesondere im Bereich der Warschauer-Pakt-Staaten, vor, die eine tiefgreifende Änderung der Abschreckungsfunktion und der Verteidigungskonzeption der NATO rechtfertigen?

3. Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung im Hinblick auf unser Wehrsystem sowie die Organisation, Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr aus den Richtlinien der NATO-Verteidigungsminister vom 9. Mai 1967 an den Militärausschuß der NATO?

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die verschiedentlich geäußerten Zweifel an der Effektivität des jetzigen Wehrsystems und die Behauptung, daß die Wehrpflichtarmee ohne Minderung ihrer Frieden und Sicherheit gewährenden Kampfkraft durch eine andere Wehrverfassung ersetzt werden könnte?

5. In welcher Weise kann die Bundesregierung im Rahmen der von ihr vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung die Verteidigungseffektivität im Hinblick auf unsere besondere Lage und unsere Bündnisverpflichtungen gewährleisten?

   Welche Straffungs- und Rationalisierungsmaßnahmen können dazu beitragen?

6. Gerät die Bundesrepublik Deutschland nicht dadurch in rüstungswirtschaftliche Abhängigkeit und technologischen Rückstand gegenüber den USA, Großbritannien und Frank-

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

reich, daß sie für Forschung und Entwicklung auf militärischem Gebiet wesentlich weniger aufwendet als diese Länder?

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, um die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf unsere Stellung im Rahmen des Bündnisses zu verhindern?

Bonn, den 24. Juli 1967

Dr. Barzel und Fraktion